



N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

19. Wahlperiode - 31. Sitzung

am Mittwoch, dem 5. Juni 2019, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Oliver Kumbartzky (FDP)

Vorsitzender

Hauke Göttisch (CDU)

Klaus Jensen (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

i. V. v. Anette Röttger

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)

Kerstin Metzner (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Stefan Weber (SPD)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dennys Bornhöft (FDP)

Fehlende Abgeordnete

Volker Schnurrbusch (AfD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Vorstellung der Staatssekretärin Dr. Dorit Kuhnt	5
2.	Gespräch mit	6
	a) Landesverband der Rasse-Kaninchenzüchter e.V.	6
	b) Landesverband Schleswig-Holsteinischer Rassegeflügelzüchter e.V.	6
3.	Bericht der Landesregierung zur Situation der Bienenvölker in Schleswig-Holstein	11
	Antrag des Abg. Volker Schnurrbusch Umdruck 19/2444	
4.	Tierexporte in tierschutzrechtlich problematischen Staaten stoppen	12
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1291	
	Tiertransporte begrenzen und Tierschutzstandards durchsetzen	12
	Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1332	
5.	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ Maßnahmen- und Mittelanmeldung zum Rahmenplan für das Jahr 2019	13
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1417	
6.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein	15
	Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 19/1273	
7.	Export von Plastikmüll verbieten	16
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1440	
	Verschärfung der Baseler Konvention	16
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1476	

8.	Neuordnung der stofflichen Marktüberwachung	17
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1432	
9.	Bericht der Landesregierung zum Mineralstoff-Aufbereitungszentrum (MAZ) in Lübeck	18
	Antrag der Abg. Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 19/2485	
10.	Terminplanung 2020	19
	Umdruck 19/2477	
11.	Verschiedenes	20
	a) Gesprächsanfrage des Kurses Ocean Sustainability der CAU Kiel	20
	b) Delegationsbesuch beim Gartenbauverband	20
	c) Delegationsgespräch beim Agrarwissenschaftlichen Institut der CAU Kiel	20
	d) Einladung des Verbandes der Baumschulen	20
	e) NORLA	20
	f) Einladung des Instituts für Wärme- und Oeltechnik e.V. (IWO)	20
	g) Grüne Woche 2020	20
	h) Informationen aus dem MELUND	21
	i) Ostküstenleitung	21

Der Vorsitzende, Abg. Kumbartzky, eröffnet die Sitzung um 14:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Punkt 3 wird von der Tagesordnung abgesetzt. Im Übrigen wird die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Vorstellung der Staatssekretärin Dr. Dorit Kuhnt

Frau Dr. Kuhnt, Staatssekretärin im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, stellt ihre Person sowie ihren bisherigen beruflichen Lebensweg vor.

Auf eine Nachfrage der Abg. Redmann legt Staatssekretärin Dr. Kuhnt dar, sie habe den Aufgabenbereich der ehemaligen Staatssekretärin Erdmann übernommen. Als Schwerpunkte der künftigen Arbeit sehe sie unter anderem den Dialogprozess zur Zukunft der Landwirtschaft, die Novellierung der Düngeverordnung, die Naturschutz- und Landschaftsrahmenpläne, die Biodiversitätsstrategie, den Wolf sowie die Umsetzung der verschiedenen Richtlinien im Rahmen der Wasserwirtschaft.

2. Gespräch mit

a) Landesverband der Rasse-Kaninchenzüchter e.V.

Michael Lüthje-Dohrendorf, 1. Vorsitzender
Norbert Marxen, Obmann für Schulung sowie Beauftragter für Tierschutz
Herr Hans-Werner Pott, 2. Vorsitzender des Landesverbandes sowie
Beauftragter für die Erfassung der Tierbestände/TGRDEU

b) Landesverband Schleswig-Holsteinischer Rassegeflügelzüchter e.V.

Torsten Nagel, Vorsitzender des LV-SH- Rassegeflügelzüchter

Herr Lüthje-Dohrendorf, 1. Vorsitzender des Landesverbands der Rasse-Kaninchenzüchter, legt dar, der Verband Schleswig-Holstein sei eine der kleineren im Zentralverband mit 192 Mitgliedschaften. Die Rahmenbedingungen würden schwieriger. Viele Verbände - insbesondere der Kreisverband Kiel - hätten große Probleme damit, Kaninchen zu halten. Früher sei eine Haltung in Kleingärten erfolgt. Das sei nunmehr nicht mehr möglich. Im Hamburger Umland sehe die Situation ähnlich aus.

Er berichtet sodann von Schulungsmaßnahmen, Ortsschauen sowie die jährliche Verbandsausstellung in Neumünster.

Herr Marxen, Obmann für Schulung sowie Beauftragter für Tierschutz, legt dar, dass er in der letzten Zeit sehr viel im Zusammenhang mit der Krankheit RHDV-2 zu tun gehabt habe. Der Impfstoff dafür sei in der Bundesrepublik erst seit zwei Jahren zugelassen.

Es gebe regelmäßige, zweimal jährlich stattfindende Schulungen über Krankheiten, tierschutzgerechte Haltung sowie Gesundheit. Geschult würden hauptsächlich Kreisschulungswarte. Außerdem sei er Tierschutzbeauftragter des Landesverbandes und treffe sich regelmäßig mit anderen Tierschutzbeauftragten.

Herr Pott legt dar, er sei zuständig für die Klubs in Schleswig-Holstein. Derzeit gebe es noch 13 mit 210 Mitgliedern.

Im Folgenden stellt er kurz die Entwicklung der Zuchten in Schleswig-Holstein dar. Von 2009 bis 2018 habe es 38 % weniger Zuchten gegeben, der Rückgang bei den Jungtieren im selben Zeitraum habe 41 % betragen. Im Landesverband habe es 2018 nur noch 169 Rassen

und Farbschläge gegeben. Alle auf der roten Liste der einheimischen Rassekaninchen stehenden Kaninchen seien im Landesverband vertreten.

Abg. Eickhoff-Weber zeigt sich berührt von der Entwicklung. Sie sehe keine Trendwende.

Auf eine Frage der Abg. Eickhoff-Weber legt Herr Marxen dar, dass die Tiere nicht vermarktet werden dürften. Sie dürften allerdings ordnungsgemäß getötet und zum Selbstverzehr benutzt werden. Die ihm bekannten Züchter führten die Tiere, die nicht zur Zucht oder Ausstellung geeignet seien, dem Lebensmittelkreislauf zu.

Von Abg. Jensen nach der Entwicklung befragt, legt Herr Lüthje-Dohrendorf dar, der Verband verliere derzeit pro Jahr etwa 3 bis 5 % Mitglieder, und zwar einige durch Todesfälle, aber viele auch durch Austritte. Hier stelle er sich die Frage, warum es nicht gelinge, die Züchter im Verein zu halten. Er hoffe, dass sich der Schwund verringern werde. Sicherlich würden auch in zehn Jahren noch Kaninchen gezüchtet, wohl aber nicht mehr in den jetzigen Strukturen. Die Zahlen des Zentralverbandes seien noch besorgniserregender. Vor zehn Jahren habe es über 40.000 Mitgliedschaften gegeben, derzeit seien es 1.400.

Von Abg. Göttisch nach einer möglichen Unterstützung auf politischer Ebene befragt, legt Herr Lüthje-Dohrendorf dar, ein großes Problem sei, dass die erfahrenen Züchter ihre Tiere nicht selbst behandeln oder impfen könnten, wie das in anderen Bereichen der Fall sei, sondern dieses durch Tierärzte vornehmen lassen müssten. Das sei sehr teuer. Eine Hilfe wäre, etwa eingewiesene Impfbeauftragte zu bestellen, die ehrenamtlich impfen. Das hätte den Vorteil, dass entsprechend große Impfbestände bestellt werden könnten und die Arztkosten für die Impfungen nicht anfielen. Außerdem würde sich dadurch der Impfschutz verbessern, da viele Züchter derzeit nur die Tiere impfen, die sie ausstellten.

Auf Nachfragen des Abg. Bornhöft legt Herr Lüthje-Dohrendorf dar, viele Mitglieder seien bereits älter. Außerdem sei zu beachten, dass Züchter sehr viel Zeit brauchten, um die Tiere zu versorgen. Personen, die im fortgeschrittenen Alter ihren gesamten Bestand durch beispielsweise den RHDV-2-Virus verloren hätten, seien in der Regel nicht bereit, mit einer erneuten Zucht zu beginnen.

Herr Lüthje-Dohrendorf antwortet auf eine Frage der Abg. Eickhoff-Weber, dass ihm der Sachstand hinsichtlich der Tierimpfstoffverordnung nicht bekannt sei.

Auf den Hinweis der Abg. Eickhoff-Weber, wonach Tiere in Kleingärten nicht gehalten werden dürften, weist Herr Lüthje-Dohrendorf darauf hin, Folge sei, dass beispielsweise in Kiel von 25 Mitgliedschaften nur noch drei existierten.

Von Abg. Voß nach dem Erhalt der genetischen Vielfalt befragt, legt Herr Marxen dar, dies werde schwieriger, weil Verwandtschaftsbeziehungen vorhanden seien. Manchmal müssten Tiere aus anderen Ländern hinzugezogen werden.

Herr Nagel, Vorsitzender des Landesverbands Schleswig-Holsteinischer Rassegeflügelzüchter, stellt zunächst kurz seine Person und seine Funktion im Landesverband vor. Er legt dar, er versuche, alles voranzutreiben, um den Mitgliederschwund aufzufangen. Die Altersstruktur sei in allen Vereinen ähnlich. Er benennt sodann die Vereinsstruktur sowie die Aufgaben des Vereins. Der Verband bestehe aus zehn Kreisverbänden und 75 Ortsvereinen mit 2.800 Mitgliedern. Hinzu kämen 400 Jugendliche. Zu den Aufgaben zählten die artgerechte Freilandhaltung, die tierschutzgerechte Unterbringung und Versorgung, die fachliche Beratung durch Preisrichter und Zuchtwarte. Diese klärten die Züchter über Veterinärbestimmungen und vorgeschriebene Impfungen auf. Durchgeführt würden Ausstellungen, die dem Zweck der Beurteilung dienten. Dann würden Tiere für kurze Zeit in Käfigen gezeigt.

Das Zuchtbuch in Schleswig-Holstein enthalte die Legeleistung sowie Angaben zu Größe und Farbe von Eiern.

Jugendliche würden durch Jugendleiter an die Rassegeflügelzucht herangeführt. Aufgenommen würden Jugendliche, die in der Lage seien, Tiere zu halten.

Die Rassegeflügelzucht sei zeitaufwendig, gebe aber auch viel zurück.

Auch zu Werbezwecken sei eine Landesgartenschau genutzt worden. Dort seien täglich Rassegeflügel gezeigt worden.

In den Verband aufgenommen würden auch Hobbyhalter. Es sei nämlich festzustellen, dass Hühnerhaltung im Trend liege.

Die Hühnerhaltung trage auch dazu bei, Biomüll zu reduzieren.

Im Verband gebe es viele Rassen, die auf der Roten Liste stünden. Er habe vor Kurzem beim MELUND einen Antrag auf Förderung der Anschaffung von 30 vom Aussterben bedrohten Hühnerrassen gestellt, deren Aufzucht er gern nach Schleswig-Holstein holen wolle.

Bezüglich des Impfstoffes gebe es ein ähnliches Problem wie bei den Kaninchenzüchtern. Für Geflügel gebe es nur einen gesetzlich vorgeschriebenen Impfstoff. Die kleinste käuflich erwerbliche Dosis sei die für 1.000 Tiere. Hinsichtlich der Möglichkeiten der Impfung schließt er sich dem vom Landesverband der Rassekaninchenzüchter vorgetragenen Wunsch an. Vorteil wäre, dass es dann einen flächendeckenden Impfschutz gebe.

Auf den Hinweis des Abg. Rickers, dass der Umgang mit Tieren für Kinder und Jugendliche wichtig sei, legt Herr Nagel dar, dass der Verband bereits Kinder im Kindergartenalter mit Geflügel vertraut mache, indem etwa zu Ostern Eier in den Kindergarten gebracht würden. Es dürften keine anderen Eier abgegeben werden, sondern es müssten welche gekauft werden, weil diese gestempelt sein müssten. Bei dieser Gelegenheit würden ein paar Küken mitgenommen, die den Kindern gezeigt würden und die sie streicheln könnten. Dabei würden sie und die Eltern zur Rassegeflügelschau eingeladen. Häufig besuche eine Kindergarten-Gruppe auch die Geflügelschau und könne dann sehen, was aus den Küken geworden sei.

Entgegen dem Bundestrend gebe es in Schleswig-Holstein keinen Mitgliederschwund.

Der Verein gehe auch in Altersheime und verbreite dort viel Freude. Darüber werde häufig in der Presse berichtet, was von Vorteil für den Verband sei.

Auf eine Nachfrage der Abg. Eickhoff-Weber zeigt sich Herr Nagel zuversichtlich, dass sein gestellter Antrag positiv beschieden werde; bisher habe er aufgrund der Kürze der verstrichenen Zeit noch keine Antwort erhalten.

Auf eine weitere Nachfrage der Abg. Eickhoff-Weber antwortet Herr Lüthje-Dohrendorf, dass der Kontakt mit dem Ministerium in der Regel problemlos verlaufe. Allerdings sei es vor etwa drei Jahren etwas kritisch gewesen, als es die ersten RHDV-2-Ausbrüche gegeben habe. Das Verfahren sei in Schleswig-Holstein - ganz im Gegensatz zum Rheinland und Sachsen-Anhalt - sehr zäh gewesen, und die Kaninchenzüchter hätten sich alleingelassen gefühlt.

Herr Marxen ergänzt, er sei damals selbst betroffen gewesen. In Frankreich habe es einen - in Deutschland hergestellten - Impfstoff gegeben, der in der Bundesrepublik noch nicht zugelassen gewesen sei. Um diesen Impfstoff verwenden zu können, habe es einer Genehmigung bedurft, die auch erteilt worden sei. Allerdings habe sich jeder einzelne Halter selbst um eine Genehmigung bemühen müssen; in anderen Ländern sei diese Genehmigung pauschal erteilt worden.

Herr Nagel berichtet, dass die Kreisveterinäre sehr unterschiedlich agierten. Dies belegt er mit einigen Beispielen.

Abg. Voß erkundigt sich nach einer Strategie bei einem möglichen erneuten Ausbruch von RHDV-2. Herr Nagel meint, die richtige Strategie sei, auch die Hobbyhalter in den Verband aufzunehmen.

3. Bericht der Landesregierung zur Situation der Bienenvölker in Schleswig-Holstein

Antrag des Abg. Volker Schnurrbusch

[Umdruck 19/2444](#)

Der Antragsteller hat den Antrag zurückgezogen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

4. Tierexporte in tierschutzrechtlich problematischen Staaten stoppen

Antrag der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/1291](#)

Tiertransporte begrenzen und Tierschutzstandards durchsetzen

Alternativantrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/1332](#)

(überwiesen am 7. März 2019)

hierzu: [Umdrucke 19/2211](#), [19/2311](#), [19/2383](#), [19/2384](#), [19/2395](#),
[19/2396](#), [19/2397](#), [19/2399](#), [19/2410](#), [19/2433](#),
[19/2434](#), [19/2438](#)

Nach einer kurzen Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, die zweite Lesung in der Juni-Tagung anzustreben.

Da die Koalitionsfraktionen noch Beratungsbedarf haben, soll zur abschließenden Beratung der Anträge in der Plenartagung am Donnerstag, den 20. Juni 2019, 13 Uhr, eine Sitzung einberufen werden.

**5. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“
Maßnahmen- und Mittelanmeldung zum Rahmenplan für das Jahr 2019**

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 19/1417](#)

(überwiesen am 17. Mai 2019 zur abschließenden Beratung)

Abg. Metzner erkundigt sich nach möglichen Auswirkungen des Brexit auf die GAK.

Herr Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, legt dar, die Auswirkungen des Brexit seien immer unter dem Vorbehalt zu sehen, wann er eintrete. Bei einem harten Brexit gälten die vertraglich verpflichtenden Absicherungen nicht fort. Hier werde es sicherlich Auswirkungen geben. Bei der GAK seien hauptsächlich Bundesmittel enthalten. Insofern wären Auswirkungen höchstens mittelbar.

Abg. Eickhoff-Weber macht darauf aufmerksam, dass auch in den Bundesmitteln EU-Mittel enthalten seien. Insofern gebe es durchaus Zusammenhänge. Außerdem erkundigt sie sich nach der Situation im ländlichen Raum und danach, wie viel Mittel in der Vergangenheit in den Ökolandbau geflossen seien.

Minister Albrecht wiederholt, dass die Auswirkungen des Brexit auf die GAK nur mittelbar seien. Parallel dazu sei die Frage zu sehen, welche Auswirkungen der Brexit auf die Förderung der ländlichen Räume habe. Hier seien die Verhandlungen derzeit in vollem Gange. Es sei davon auszugehen, dass die Kontinuität auch nach den Europawahlen fortgeführt werde. Es seien noch längere Verhandlungen zu erwarten.

Hinsichtlich der Absenkung der Mittel in der zweiten Säule sei seines Erachtens das letzte Wort noch nicht gesprochen. Dennoch könne er heute nicht sagen, wie die Entscheidung letztlich aussehen werde.

Auf eine weitere Nachfrage der Abg. Eickhoff-Weber legt Minister Albrecht dar, die Mittel der zweiten Säule, die hauptsächlich zur Förderung des Ökolandbaus benutzt worden seien, werde zum Beispiel im Wege der Umschichtung diskutiert, weil absehbar sei, dass die Mittel für den Ökolandbau begrenzt seien.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1273](#)

(überwiesen am 6. März 2019 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/2264](#), [19/2315](#), [19/2375](#), [19/2377](#), [19/2390](#),
[19/2391](#), [19/2404](#), [19/2423](#), [19/2424](#), [19/2425](#),
[19/2426](#), [19/2427](#), [19/2428](#), [19/2431](#), [19/2435](#),
[19/2436](#), [19/2437](#), [19/2443](#) (neu), [19/2448](#),
[19/2449](#), [19/2450](#), [19/2452](#), [19/2456](#), [19/2461](#)

Der Ausschuss schließt sich einstimmig dem Verfahren des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an und empfiehlt diesem, eine mündliche Anhörung durchzuführen.

7. Export von Plastikmüll verbieten

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1440](#)

Verschärfung der Basler Konvention

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/1476](#)

(überwiesen am 16. Mai 2019)

Der Ausschuss wiederholt kurz die bereits im Plenum geführte Debatte über die Frage, welcher der vorliegenden Anträge weitergehend sei, und verständigt sich schließlich auf folgende Vorgehensweise:

Von den Fraktionen formulierte Fragen insbesondere zur rechtlichen Einschätzung sollen an die Landesregierung weitergereicht werden mit der Bitte, diese schriftlich zu beantworten.

Außerdem beschließt der Ausschuss einstimmig auf Anregung des Abg. Weber, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführung bis zum 14. Juni 2019 benannt werden. Als Frist bis zur Vorlage der Stellungnahmen wird Ende August festgelegt.

8. Neuordnung der stofflichen Marktüberwachung

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/1432](#)

(überwiesen am 17. Mai 2019 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

9. Bericht der Landesregierung zum Mineralstoff-Aufbereitungszentrum (MAZ) in Lübeck

Antrag der Abg. Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
[Umdruck 19/2485](#)

Abg. Fritzen legt dar, die Problematik sei schon lange bekannt und auch in den Medien aufgegriffen worden. Auch der Petitionsausschuss des Landtages habe sich mit dieser Thematik bereits befasst. Nach ihrer Wahrnehmung handele es sich um einen fast zehnjährigen Streit, der auch mit Versuchen der Klärung und Mediation nicht habe beigelegt werden können.

Herr Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, legt dar, er wolle nicht die gesamte Historie aufrollen. Offensichtlich habe es im Verlauf der ersten Genehmigung emissionsschutzrechtliche und weitere Auseinandersetzungen gegeben, die zu notwendigen Verbesserung und Nachbesserungen sowie Auflagen geführt hätten. Mit den notwendigen Verbesserungen sei im Wege des letztmaligen Widerspruchsverfahrens eine Situation eingetreten, von der man sagen könne, dass alle emissionsschutzrechtlichen Aspekte abgearbeitet worden seien und der Betrieb weiterhin genehmigt sei.

Davon unabhängig sei die Frage des Verhältnisses zwischen dem Eigentümer des Grundstücks, der Stadt Lübeck, und dem Pächter, der die Anlage betreibe, sowie die Frage, ob ein Pachtvertrag bestehe. Die letzte Frage sei derzeit gerichtlich anhängig.

Sollte kein Pachtvertrag bestehen, könne die Stadt Lübeck den Betrieb nach seiner rechtlichen Auffassung beseitigen lassen. Dem stehe die emissionsschutzrechtliche Genehmigung nicht entgegen.

10. Terminplanung 2020

[Umdruck 19/2477](#)

hierzu: [Umdruck 19/2564](#) (neu)

Der Ausschuss beschließt die aus [Umdruck 19/2564](#) (neu) ersichtlichen Termine für das Jahr 2020.

11. Verschiedenes

a) Gesprächsanfrage des Kurses Ocean Sustainability der CAU Kiel

Der Vorsitzende erinnert an die den Ausschussmitgliedern übermittelte Gesprächsanfrage.

b) Delegationsbesuch beim Gartenbauverband

Der Vorsitzende berichtet, anlässlich des Delegationsbesuchs beim Gartenbauverband sei ein weiterer Besichtigungstermin einer Delegation bei einem Betrieb in Gönnebek vereinbart worden. Als Termin dafür sei der 26. Juni 2019, 10 Uhr, festgelegt worden.

c) Delegationsgespräch beim Agrarwissenschaftlichen Institut der CAU Kiel

Der Vorsitzende erinnert an das für den 7. Juni 2019 vorgesehene Delegationsgespräch.

d) Einladung des Verbandes der Baumschulen

Der Vorsitzende berichtet von einer Einladung des Verbandes der Baumschulen.

e) NORLA

Der Vorsitzende erklärt sich bereit, das traditionelle Gespräch von Ausschussmitgliedern mit der Landwirtschaftskammer im Anschluss an den Rundgang nach der Eröffnung der NORLA zu organisieren.

f) Einladung des Instituts für Wärme- und Oeltechnik e.V. (IWO)

Der Vorsitzende informiert über eine Einladung des IWO zu einem Energiepolitischen Mittag. Als Termin dafür wird der 27. November 2019, 12 Uhr, in Aussicht genommen.

g) Grüne Woche 2020

Der Ausschuss beschließt eine Ausschussreise zur Grünen Woche 2020. Als Zeitraum legt er den 18. bis 20. Januar 2020 fest.

h) Informationen aus dem MELUND

Der Ausschuss kommt auf Anregung von Abg. Eickhoff-Weber überein, Informationszusagen des Ministeriums künftig gesondert kenntlich zu machen.

i) Ostküstenleitung

Der Ausschuss nimmt das Angebot an, sich in seiner nächsten Sitzung - insbesondere vor dem Hintergrund eines Informationsschreibens des Ministeriums - über den Stand des Ausbaus der Ostküstenleitung informieren zu lassen.

Der Vorsitzende, Abg. Kumbartzky, schließt die Sitzung um 16:20 Uhr.

gez. Oliver Kumbartzky
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin